



**DIE FAMILIEN  
UNTERNEHMER**

ASU

**DIE JUNGEN  
UNTERNEHMER**

BJU

# **WIRTSCHAFTSPOLITISCHE POSITIONEN FÜR DIE METROPOLREGION HAMBURG**

**WACHSTUM ENTFESSELN,  
WETTBEWERBSFÄHIGKEIT  
STÄRKEN**

MÖGE HAMBURG, MÖGEN SEINE  
BÜRGER NIE VERGESSEN, DASS  
ES DIE FREIHEIT GEWESEN IST,  
DIE IHNEN DIE TORE ZUR WELT  
ERÖFFNET HAT. DIE FREIHEIT IST  
ES GEWESEN, DIE IHNEN  
WOHLSTAND GEBRACHT HAT.

**LUDWIG ERHARD**

**DIE FAMILIEN  
UNTERNEHMER**

ASU

**DIE JUNGEN  
UNTERNEHMER**

BJU

## INHALT

VORWORT	04
UNSERE WERTE	05
UNSER ORDNUNGSPOLITISCHER KOMPASS	06
WIRTSCHAFTSPOLITISCHE STANDPUNKTE	07

# I. VORWORT

Seit 2007 hat die Welt mit großen wirtschaftlichen Verwerfungen zu kämpfen. Finanz- und Schuldenkrise haben die die Situation der Hamburger Wirtschaft nicht vereinfacht. Vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftslage sind Hamburger Politik und Unternehmen vor große Herausforderungen gestellt. Während die Schuldenkrise die Frage von notwendigen Haushaltskonsolidierungen auch in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt hat, ist es aus unserer Sicht genauso wichtig aufzuzeigen, wie mehr Wirtschaftswachstum realisiert werden kann. Wachstum als Basis von Wohlstand muss, neben einer geordneten und forcierten Haushaltskonsolidierung, einer der zwei Grundpfeiler für die Krisenbekämpfung sein. Mehr Wachstum schafft dabei gleichzeitig auch mehr Spielraum für die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Hamburg hat aufgrund der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und der herausragenden Bedeutung als Logistikstandort ein großes Potential, von Wachstumsimpulsen von außerhalb zu profitieren. Damit dies gelingt, müssen Voraussetzungen geschaffen werden, die wachstums- und wettbewerbsförderlich sind.

Die angespannte Weltwirtschaftslage wird in besonderer Weise jenen bewusst, die nach dem familienunternehmerischen Prinzip wirtschaften. Als Unternehmer haben wir eine hohe Sensibilität auch für die sozialen Auswirkungen von unverantwortlichem Wirtschaften. Wer mit seiner eigenen Existenz für den Erfolg seines Unternehmens einsteht, fällt es einfach, ein Bewusstsein für die Probleme seiner Mitarbeiter zu entwickeln. Teile der Wirtschaft haben sich zu sehr vom gesunden und maßvollen Wirtschaften entfernt. So hat sich die Finanzwirtschaft weit entfernt vom Grundsatz der Einheit von Risiko und Haftung. Wir sind überzeugt, dass eine weitergehende Ausrichtung am familienunternehmerischen Prinzip für eine langfristige Gesundung der Wirtschaft unabdingbar ist.

## II. UNSERE WERTE

Für uns als Verband DIE FAMILIENUNTERNEHMER steht fest: Feste Grundprinzipien sind der Grundstein für besseres Wirtschaften. Während das familienunternehmerische Prinzip ein bewährtes Konzept für unser tägliches Handeln als Unternehmer darstellt, muss sich auch die Politik an ihren Prinzipien und Maßstäben messen lassen. Insbesondere muss sich Wirtschaftspolitik an den vier Grundsätzen Freiheit, Eigentum, Wettbewerb und Verantwortung orientieren.

### FREIHEIT

Individuelle Freiheit bedeutet, eigenständig Entscheidungen treffen zu können und dabei nicht von Verboten, Geboten und übermäßiger Steuerbelastung eingeschränkt zu werden. Freiheit ist ein Grundpfeiler unserer Wirtschaftsordnung. Ohne die Freiheit, freiwillig eingegangene Verträge zu schließen, ist eine gesunde und wohlhabende Gesellschaft nicht möglich.

### EIGENTUM

Der Schutz von Eigentum, gleich ob physisch oder geistig, ist eine der Kernaufgaben des Staates. Ohne Eigentum als Anreiz, verantwortungsvoll mit Ressourcen umzugehen und sie effizient zu nutzen, kann keine Wirtschaft funktionieren. Jede Art der Besteuerung von Vermögen sowie von unentgeltlicher Vermögensübergabe schadet nicht nur den Betroffenen, sondern der gesamten Wirtschaft.

### WETTBEWERB

Wettbewerb ist die Triebfeder wirtschaftlichen Fortschrittes. Wettbewerbsbeschränkungen und -verzerrungen, soweit sie nicht wie z.B. das Kartellrecht einen ordnungspolitischen Sinn erfüllen, sind abzulehnen. DIE FAMILIENUNTERNEHMER/DIE JUNGEN UNTERNEHMER haben ein weites Verständnis von Wettbewerb. Wettbewerb besteht nicht nur zwischen Unternehmen, die um dieselben Absatzmärkte konkurrieren. Wettbewerb ist ein marktwirtschaftlicher Prozess, der zwischen allen Wirtschaftsteilnehmern besteht.

### VERANTWORTUNG

Verantwortung zu tragen und zu übernehmen ist das Grundprinzip von Familienunternehmen. Mehr noch als Unternehmen mit anderen Organisationsstrukturen übernehmen wir täglich auch soziale Verantwortung für unsere Mitarbeiter, die Stadt Hamburg und ihr Umland sowie die Familien, deren Existenz an den Erfolg unserer Unternehmen gekoppelt ist. Dies ist der Anspruch an unsere Tätigkeit als Unternehmer und auch an alle anderen Unternehmer. Das beinhaltet auch das Zahlen fairer Löhne, damit sich Arbeit auch für jeden lohnt. In einer marktwirtschaftlichen Ordnung muss außerdem die Einheit von Chance, Risiko und Haftung selbstverständlich sein. Dieses Prinzip muss für alle Bereiche der Wirtschaft, auch für den Finanzsektor, gelten.

### III. UNSER ORDNUNGSPOLITISCHER KOMPASS

DIE FAMILIENUNTERNEHMER/DIE JUNGEN UNTERNEHMER bekennen sich mit Nachdruck zur Sozialen Marktwirtschaft, die die Basis des wirtschaftlichen Erfolgs Deutschlands seit der Nachkriegszeit darstellt. Es gilt dabei, die Tätigkeiten des Staates auf seine Kernaufgaben zu beschränken. Das Prinzip „Privat vor Staat“ gilt auch für Hamburg mit seiner besonderen Tradition der Verankerung kaufmännischer Werte.

Unternehmen übernehmen aufgrund der Interdependenz der Ordnungen nicht nur eine bedeutende Rolle für die Wirtschaft, sondern darüber hinaus für die gesamte Gesellschaft. Diese besondere Rolle übernehmen in besonderem Maße Familienunternehmen, die mit der regionalen Gesellschaft in hohem Maße verbunden sind. Unsere Stadt kann eine eindrucksvolle Geschichte von in der Gesellschaft verwurzelten Unternehmern vorweisen. Die Tugenden des „Ehrbaren Kaufmanns“ sind für uns Leitstern im täglichen Geschäft unserer Betriebe. Dies schließt die Betonung der Verantwortung für die kommenden Generationen ein. Wir wehren uns deshalb gegen Schuldenpolitik auf den Schultern unserer Kinder. Gleichzeitig gilt jedoch: In seinen Kernkompetenzen muss der Staat handlungsfähig sein, damit eine marktwirtschaftliche Ordnung funktionieren kann.

## IV. WIRTSCHAFTSPOLITISCHE STANDPUNKTE

Die Lage der Wirtschaft Europas und der Welt stellt Hamburg vor die Notwendigkeit, Wachstumsimpulse von innen zu setzen. Das Potential, das in der hamburgischen Wirtschaft steckt, muss entfesselt werden.

### HAUSHALTSKONSOLIDIERUNG

Als Familienunternehmer und Junge Unternehmer plädieren wir dafür, der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte oberste Priorität einzuräumen. Der Schuldenberg Hamburgs schränkt bereits jetzt die Handlungsfähigkeit der Politik ein. Durch den Abbau von Schulden sollten neue Handlungsspielräume eröffnet werden und unseren nachfolgenden Generationen keine Schuldenberge hinterlassen werden, die nicht mehr zu bewältigen sind.

Wir beziehen uns bei unserer Forderung nach Konsolidierung auf die gesamten öffentlichen Finanzen und nicht nur auf den gerne zitierten „Kernhaushalt“. Hierzu zählen folglich auch die sog. „Schattenhaushalte“, die Berücksichtigung von Pensionsrisiken und Sondervermögen.

Wir Familienunternehmer gehen mit gutem Beispiel voran und zeigen die Bereitschaft, auf Subventionen oder Fördermittel, von denen Familienunternehmen profitieren, zu verzichten.

- Die Metropolregion Hamburg ist einer der erfolgreichsten Wirtschaftsstandorte Deutschlands. Dieser Erfolg darf nicht durch eine Erhöhung der Abgaben gefährdet werden. Um einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, sollten deshalb die Ausgaben der Stadt überdacht werden.
- Hierzu halten wir die Einsetzung einer Haushaltsstrukturkommission für sinnvoll. Die Kommission sollte damit beauftragt werden, konkrete Sparvorschläge zu erarbeiten und dabei auch die Struktur der Verwaltung zu hinterfragen. Die Kommission sollte nicht nur aus Regierungsmitgliedern bestehen, sondern sich aus einem breit gefächerten Kreis aus Politik und Gesellschaft rekrutieren.
- Nach Einsparmöglichkeiten sollte in erster Linie durch Aufgabenkritik gesucht werden. Welche Aufgaben gehören zwingend zu den hoheitlichen und welche können privatisiert werden?
- Wir geben dem Grundsatz: Privatisierung vor Rekommunalisierung den Vorzug. Eine Beteiligung der Stadt an den Hamburger Energienetzen halten wir nicht für sinnvoll. Ein Rückzug der Stadt aus Unternehmensbeteiligungen würde helfen, die Schuldenlast zu verringern.
- Die Schuldenbremse wird grundsätzlich stark befürwortet. Angesichts der Erholung der Steuereinnahmen nach der Wirtschaftskrise sind wir allerdings der Ansicht, dass die Aufnahme zusätzlicher Schulden nicht erst 2019 sondern nach Möglichkeit früher, möglichst bereits 2015 gestoppt werden sollte. Die Sparziele des Senats dürften aus unserer Sicht ambitionierter formuliert werden.

- Der Länderfinanzausgleich hat sich inzwischen zu einem Instrument entwickelt, in dem noch nur drei Länder als Zahler und alle anderen Bundesländer als Empfänger auftreten. Wir sehen nicht, dass der Länderfinanzausgleich zu nachhaltigen Verbesserungen der Wirtschaftsstrukturen der Empfängerländer geführt hat (z. B. Bremen). Wir treten daher dafür ein, den Länderfinanzausgleich innerhalb der nächsten 10 Jahre abzuschaffen. 3 Jahre nach Eingreifen der Schuldenbremse und nach Auslaufen der Ausgleichszahlungen sollte jedes Bundesland selbst in der Lage sein, seinen Haushalt ausgeglichen zu halten. Deutschlandbonds und eine Vergemeinschaftung der Altschulden der Bundesländer lehnen wir ab. Hamburg sollte sich daher auf Bundesebene für eine geordnete Abschaffung des Länderfinanzausgleichs einsetzen.
- Ein attraktives kulturelles und sportliches Angebot stellt einen wichtigen Standortfaktor dar. Vor dem Hintergrund einer Priorisierung der Haushaltskonsolidierung plädieren wir für eine Neuordnung der Finanzierung von Kultur und Sport. Die Bereitschaft der Hamburger, Geld für die Förderung von Kultur und Sport zu geben, ist erfreulich hoch. Wir schlagen daher vor, das System der staatlichen Finanzierung zugunsten einer langfristigen Finanzierung durch Stiftungen umzugestalten. Schrittweise sollten Stiftungen mit privatem Kapital ausgestattet werden, die dann stufenweise die Finanzierung der Hamburger Kultur- und Sportlandschaft ergänzen.

## WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

Der Hamburger Senat setzt zu viel auf Förderinstrumente, die in der Regel gut gemeint, aber nicht immer effizient sind. Wirtschaftsförderung ist kein Wunderheilmittel. Förderprogramme, die im Wesentlichen aus Zinsvergünstigungen bestehen, sind in den aktuellen Zeiten geringer Zinsen wenig hilfreich.

- Die Förderlandschaft in der Hansestadt Hamburg ist durch die Kompetenzüberschneidung von EU, Bund und Stadt zu kompliziert. Wir fordern daher eine umfangreiche Überprüfung der staatlichen Förderlandschaft. Eine gebündelte Verwaltung sowie eine eindeutige Kompetenzverteilung zwischen EU, Bund und Stadt muss angestrebt werden.
- Der Erfolg der verschiedenen Förderinstrumente wird nicht ausreichend überprüft. Es bedarf eines stringenten Evaluationsprozesses, um den Sinn und die Effizienz einzelner Programme zu überprüfen.
- Für die Gründung einer Investitions- und Förderbank haben wir keine Notwendigkeit gesehen. In Hamburg sehen wir momentan keine Kreditklemme. Im Gegenteil: Hamburg liegt bei der Anzahl der Existenzgründungen im Spitzenfeld.

## STÄDTISCHE UNTERNEHMERISCHE AKTIVITÄTEN

DIE FAMILIENUNTERNEHMER sehen Beteiligungen an Unternehmen, die keine hoheitlichen Aufgaben übernehmen, seitens der Stadt grundsätzlich aus ordnungspolitischen Gründen skeptisch. Großprojekte wie die Elbphilharmonie oder auch der neue Flughafen Berlin-Brandenburg haben der Öffentlichkeit einmal mehr eindrucksvoll bewiesen, dass der Staat der schlechtere Unternehmer ist. Staatliche Unternehmen tendieren zu Ineffizienz.

Die Stadt ist derzeit an 89 Unternehmen direkt und an 260 Unternehmen indirekt beteiligt. Einen sukzessiven Rückbau städtischer Unternehmensbeteiligungen halten wir für angezeigt. Mittelfristig sollte Hamburg anstreben, seine Beteiligungen auf ein Minimum zu reduzieren. Priorität bei der Privatisierung sollten insbesondere solche Unternehmen haben, deren Tätigkeiten mit erheblichen finanziellen Risiken für den hamburgischen Haushalt einhergehen, deren Geschäft kurzfristig von der Privatwirtschaft übernommen werden kann und/oder Unternehmen, die keine Kernaufgaben des Staates übernehmen.

- Es muss eine Exitstrategie für die HSH-Nordbank erarbeitet und schnellstmöglich umgesetzt werden. Die Perspektive der Bank sollte sorgfältig überprüft werden. Sofern eine positive Perspektive für die Bank nicht überzeugend dargestellt werden kann, sollte auch eine Abwicklung in Erwägung gezogen werden. Einer Erhöhung bereits gegebener Bürgschaften bzw. Garantien stehen wir kritisch gegenüber.
- HAMBURG ENERGIE sollte privatisiert werden. Die Tätigkeiten dieses städtischen Unternehmens sind marktverzerrend.
- Strategische Beteiligungen an Unternehmen, um diese an den Standort Hamburg zu binden, wie bei Hapag-Lloyd, werden grundsätzlich abgelehnt. Die Stadt macht sich mit so einer Politik erpressbar. Eine vage Drohung, ein Unternehmen aus Hamburg abziehen, kann kein Grund für Markteingriffe sein.
- Städtische Unternehmen wie z. B. die Messe Hamburg, die SAGA, die Sprinkenhof AG, der Reisering Hamburg, Lotto Hamburg oder Beteiligungen wie z. B. am HanseMerkur Zentrum für Traditionelle Chinesische Medizin, bei denen kein Bedarf einer öffentlichen Versorgung erkennbar ist, müssen schnellstmöglich veräußert werden.
- Die Stadt sollte bei Privatisierungen anstreben, ihre Unternehmen nicht unter Wert zu verkaufen. Im Einzelfall kann es jedoch zielführend sein, ein Unternehmen lieber früher als später zu privatisieren, auch wenn in der Zukunft womöglich ein höherer Veräußerungsgewinn erzielt werden könnte.

## VERGABERECHT

Der Senat beabsichtigt, im Zuge der Vergaberechtsreform durch die Hintertür eine Mindestlohnaufgabe von 8,50 € einzuführen, die von allen Unternehmen erfüllt werden muss, die Aufträge der öffentlichen Hand annehmen. Wir sehen dies äußerst skeptisch. Mindestlöhne führen dazu, dass diejenigen, die von dieser Maßnahme eigentlich profitieren sollen, schwieriger einen Job finden können.

## EFFIZIENTE VERWALTUNG

Eine effiziente Verwaltung ist einer der Schlüssel zum wirtschaftlichen Erfolg der Stadt Hamburg.

- Die Notwendigkeit von Gesetzen und Verordnungen und der mit ihnen einhergehende Verwaltungsaufwand für Behörden und Umsetzungsaufwand für Unternehmer muss einer ständigen Überprüfung unterzogen werden. Die Einführung eines ehrenamtlichen Normenkontrollrates ist daher angezeigt.
- So weitgehend wie möglich sollte der Verkehr mit Behörden über das Internet ablaufen können. Der Ausbau von E-Government kann sich z. B. am Beispiel von Estland orientieren.
- In jeder Fachbehörde sollte eine Taskforce für Deregulierung und Bürokratieabbau gebildet werden.
- Die Stadt kann Unternehmen aktiv fördern, indem Behördenprozesse wie die Bewilligung von Erlaubnissen, Registrierungen, etc. möglichst hürdenlos gestaltet werden. Die Gesamtheit branchenspezifisch benötigter Papiere sollten in sogenannten One-Stop-Shops gebündelt werden, um den Aufwand für Unternehmer zu verringern.
- Die Zahl der Behörden sollte verringert werden. Hamburg hat mit zehn Behörden mehr als alle vergleichbaren Bundesländer. Die beiden anderen Stadtstaaten Berlin und Bremen haben jeweils acht, Schleswig-Holstein als Nachbarland sieben.
- Die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz sollte mit der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration fusionieren. Das Ressort Arbeit sollte zukünftig wieder von der Behörde Wirtschaft, Verkehr und Innovation bearbeitet werden.
- Darüber hinaus sollten Überschneidungen und Redundanzen für alle Behörden überprüft werden, um weitere sinnvolle Effizienzsteigerungen zu generieren.

## WOHNUNGSBAU

Eines der grundlegenden Probleme, mit denen sich die Politik in den nächsten Dekaden auseinandersetzen muss, ist die Frage, wie gleichzeitig genug kostengünstige Gewerbe- und Wohnfläche zur Verfügung gestellt werden kann. Denn eines ist klar: In Hamburg herrscht Mangel an kostengünstigem Wohnraum. Dabei darf die Frage, wie mehr günstige Wohnungen geschaffen werden können, nicht eindimensional im Gegensatz zu anderen Immobiliennutzungsarten gesehen werden. Die gegenwärtige Diskussion dreht sich zu sehr um die Frage der Verteilung des vorhandenen Platzes. Während die eine Seite mehr Wohnraum auf Kosten der Wirtschaft fordert, kommen von der anderen Seite Rufe nach mehr Gewerbeflächen. Es ist nicht einfach zu beantworten, ob die bevorzugte Vergabe von Gewerbeflächen der Wirtschaft Hamburgs wirklich zu Gute käme. Die Attraktivität unseres Wirtschaftsstandortes hängt auch in hohem Maße von bezahlbarem und ausreichendem Wohnraum ab. Für uns als Familienunternehmer ist offensichtlich, dass eine wirkliche Lösung des Problems nur die Schaffung von mehr Fläche insgesamt sein kann. Beschränkungen, die das Angebot an Wohnraum künstlich verknappten, müssen daher aufgehoben werden.

- Wir fordern eine flächendeckende Überarbeitung der Hamburger Bebauungspläne, um dem politischen Willen einer wachsenden Stadt verwaltungsrechtlich zu genügen und diesen wirtschaftlich umsetzen zu können. Voraussetzung hierfür ist die Erarbeitung einer neuen Grundkonzeption der Stadtplanung. In Einklang mit dem Ziel, das Stadtbild in seiner Grundform unverändert zu lassen, muss höheres Bauen grundsätzlich möglich sein. Höchst- und Geschosshöhenbeschränkungen sind dahingehend auf ihren Sinn zu überprüfen.
- Die sogenannte Energiewende ist ein planwirtschaftliches Monstrum, in deren Folge Miet-Nebenkosten bereits jetzt deutlich steigen. Wir fordern deshalb eine Gestaltung der Energiewende entlang eines realistischeren Zeitplanes, damit die Wohnpreise in Hamburg nicht noch weiter steigen.
- Die Hamburgische Klimaschutzverordnung ist dahingehend zu entschärfen, dass sich Investitionen in Neubauten sowie Erhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen wieder lohnen.
- Hamburg muss sich auf Bundesebene für eine Liberalisierung des Mietrechts stark machen, damit Investitionen in zu vermietende Neubauten rentabel werden.
- Die Quoren für Bürgerbegehren und -entscheide müssen angepasst werden. Momentan ist es für Minderheiten mit Partikularinteressen zu einfach, neue Bauprojekte entgegen den Interessen der Mehrheit zu verhindern.
- Hemmnisse, die sich im Genehmigungsprozess von neuem Wohnraum ergeben, die auch z.B. durch die soziale Erhaltungsverordnung entstehen, sollten zeitnah abgebaut werden. Durch die soziale Erhaltungsverordnung werden notwendige Sanierungen und auch die Schaffung neuen Wohnraumes z.B. in Dachausbauten verhindert.
- 2004 wurde das Projekt „Wohnen auf dem Wasser“ gestartet. Ziel war, Gelegenheit für den Bau von etwa 1000 Hausbooten zu schaffen. Das Projekt wurde zu einem Rohrkrepiere, da der bürokratische Genehmigungsaufwand für Bauen auf dem Wasser extrem hoch ist. Der Genehmigungsprozess muss unbürokratisch gestaltet werden, damit das Projekt ein Erfolg wird und so Druck vom Wohnungsmarkt genommen werden kann.
- Mit Zwangsmaßnahmen wie dem geplanten Wohnraumschutzgesetz, dass härtere Sanktionen gegen Leerstand vorsieht, ist dem Wohnraummangel in Hamburg nicht beizukommen. Solche Maßnahmen vergraulen langfristig lediglich Investoren, was die Wohnungsnot nur noch verschlimmern wird. Es scheint, dass der politische Wirbel, der um Leerstand gemacht wird, lediglich eine Suche nach Sündenböcken darstellt.
- Um den Bildungsstandort Hamburg zu fördern, ist bezahlbarer Wohnraum auch für Studenten erforderlich. Die Idee, durch günstigen Wohnraum mehr Studenten auch für die Stadtteile Veddel, Wilhelmsburg und Rothenburgsort zu gewinnen, geht hier in die richtige Richtung. Dabei sollten jedoch privatwirtschaftliche Lösungen im Vordergrund stehen.

- Die Erhaltung des architektonischen Erbes Hamburgs ist uns ein besonderes Anliegen. Dabei muss jedoch eine Balance zwischen Eigentumsrechten, Denkmalschutz und Wohnungsbau gehalten werden. Klagen wie z. B. der Gartenstadt Hamburg eG, die im Zuge der Ernennung der Gartenstadt Berne zum Denkmal von einer faktischen Enteignung sprach, sind ernst zu nehmen. Die Rechte von Eigentümern sowie wohnungspolitische Maßnahmen wie Nachverdichtung dürfen dem Denkmalschutz nicht vollends untergeordnet werden.
- Die Umwandlung von Gewerbeflächen in Wohnraum kann einen Beitrag zur Linderung der Wohnungsnot in Hamburg leisten. Als Beispiele können hier Teile der City Süd und das Gelände der Wollfabrik genannt werden. Dies muss bei der Neuausarbeitung von Bebauungsplänen berücksichtigt werden.
- Der Erwerb von selbstgenutzten Einfamilienhäusern und Eigentumswohnungen sollte von der Grunderwerbssteuer ausgenommen werden, um Hamburg gezielt für Familien attraktiver zu machen.

## BILDUNG

Die Frage des Bildungsangebots ist aus vielfältiger Sicht ein wichtiger Standortfaktor. Die Qualität der Schulen spielt eine große Rolle für Eltern, wenn es um die Auswahl des Wohnorts geht. Wenn Hamburg für Arbeitnehmer mit Familien attraktiv sein möchte, müssen die Hamburger Schulen hohen Ansprüchen gerecht werden. Gleichzeitig ist die Qualität der Ausbildung entscheidend für die Qualität der Arbeitskräfte. Ohne erfolgreiche Schulen, Berufsschulen und Hochschulen wird Hamburg seine Wettbewerbsfähigkeit nicht bewahren und ausbauen können.

1. Die Bildungspolitik ist für uns als Unternehmer in Deutschland eines der wichtigsten Themen. Wir sehen die Notwendigkeit eines zentralstrukturierten und bundesweit gleichen Systems, das sicherstellt, dass nicht immer wieder Geld für die Einführung neuer Schulsysteme verschwendet wird;
2. Es sollte ein Leistungssystem geschaffen werden, das von der ersten bis zur Abschlussklasse so vergleichbar und einheitlich ist, dass sich der Umzug einer Familie mit schulpflichtigen Kindern nicht negativ auf deren schulische Leistungen auswirkt;
3. Eine Begabtenförderung sollte ebenso wie umgekehrt eine Förderung von schwächeren Schülern nicht nur möglich sondern Standard werden.

Um den Schulen und Lehrkräften dies zu ermöglichen und vergleichbare Abschlüsse in allen Bundesländern zu erreichen, muss ein bundeseinheitliches, gut durchdachtes und strukturiertes System gefunden und in der Praxis angewandt werden. Nur so können unsere Schulen wieder zur Ruhe kommen und sich auf die Umsetzung dessen konzentrieren, was für unsere Zukunft so wichtig ist: Motivation und Weiterbildung!

Sorge bereitet uns das unterdurchschnittliche Abschneiden Hamburgs bei den relevanten Vergleichsstudien über Lernerfolge. Die Stadt sollte ihre Bereitschaft erhöhen, von den in dieser Hinsicht erfolgreicher Bundesländern zu lernen.

- Eine wohlmögliche Zusammenlegung von Wirtschafts- und Wissenschaftsbehörde, wie von Teilen der Politik angedacht, lehnen wir ab. Während die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft wichtig ist, sollte Wissenschaft nicht alleine aus dem Augenwinkel der Wirtschaft ausgerichtet werden.
- Die vom SPD-Senat beschlossene Abschaffung der Studiengebühren zum Wintersemester 2012/2013 sehen wir kritisch. Damit die Hamburger Hochschulen langfristig finanziell gut aufgestellt sind, müssen auch die Nutzer des Bildungsangebots an den Kosten beteiligt werden. Dabei sollte jedoch nicht eine reine Rückkehr zum von der CDU eingeführten System erfolgen, bei dem der Senat die Höhe der Studiengebühren festsetzte. Vielmehr erscheint ein Modell erfolgversprechend, in dem die Hochschulen autonom über die Höhe ihrer Studiengebühren entscheiden. Der Senat kann dann eine Höchstgrenze festsetzen.
- Die im Zuge des Bologna-Prozesses erfolgte Umstellung auf die Bachelor- und Masterstudiengänge hat zu einer merklichen Verschlechterung der Problemlösungskompetenz der Absolventen geführt. Wir fordern, die Umsetzung der Reform insbesondere hinsichtlich der starken Verschulung der Studiengänge zu überprüfen und auch der Persönlichkeitsbildung der Hochschulüler wieder ausreichend Platz einzuräumen.
- Nicht für jeden Bachelor-Studienplatz muss zwangsläufig ein Master-Studienplatz bereitstehen. Während die Forderung nach einer Übernahmegarantie nach dem Bachelorstudium vielleicht eine noble Absicht verwirklichen soll, wird es in der Realität den Hochschulen Steine in den Weg legen, so dass sie es schwieriger haben, Hochschulbildung anzubieten. Zukünftig wird bei der Einrichtung von Bachelorstudienplätzen immer berücksichtigt werden müssen, dass jeder Bachelorabsolvent ein Recht auf einen Masterplatz hat. Mit anderen Worten: Der Rechtsanspruch wird anstatt mehr Masterstudienplätzen zu weniger Bachelorstudienplätzen führen. Ungeachtet dessen muss die Ressourcenverteilung zwischen Bachelor- und Masterprogrammen an den hamburgischen Hochschulen überprüft werden.
- Das Studium ohne Abitur kann die Durchlässigkeit in manchen Berufsfeldern deutlich erhöhen. So ist es z. B. sinnvoll, wenn ein Tischlermeister auch die Chance erhält, z. B. das Fach Holzwirtschaftslehre zu studieren.
- Die Rahmenbedingungen, unter denen die Hamburger Hochschulen arbeiten, sollten radikal verbessert werden. Dafür bedarf es einer Hochschulreform hin zu mehr Hochschulautonomie, angelehnt an das Hochschulfreiheitsgesetz, das 2006 vom nordrhein-westfälischen Landtag beschlossen wurde.
- Lehrpläne sollten entschlackt und modernisiert werden. Gerade im Hinblick auf das achtjährige Abitur.
- Die Autonomie der Schulen sollte erhöht werden.
- Die Abschaffung des Sitzenbleibens auf dem Gymnasium hat die Auswirkung, dass insbesondere am Ende der Orientierungsstufe besonders viele Schüler das Gymnasium verlassen müssen und auf eine Stadtteilschule wechseln. Dadurch kommt es zu besonders großen Klassen im Jahrgang 7 der Hamburger Stadtteilschulen. Die Flexibilität, die das Schulsystem den Schülern anbot, bei schlechten Leistungen einen Jahrgang zu wiederholen, sollte wieder geschaffen werden.

- Die Rahmenbedingungen, unter denen die Hamburger Lehrer arbeiten, müssen verbessert werden. Missstände, wie z.B. dass Lehrer teilweise von ihrem Gehalt Unterrichtsmaterialien kaufen, müssen beseitigt werden.
- Die Verbeamtung von Lehrern sowie Lehrenden an Hochschulen sollte abgeschafft werden.
- Die Abkehr vom Frontalunterricht an den Schulen soll Schülern individuelles Lernen in dem für sie geeigneten Tempo ermöglichen. Dabei sollte aber auf keinen Fall die Vermittlung wichtiger allgemeinbildender Inhalte vernachlässigt werden. Eine solide Allgemeinbildung bleibt auch im Zeitalter der Neuen Medien unverzichtbar.
- Die Einführung eines verbindlichen Schulfaches „Wirtschaft“ halten wir für sehr sinnvoll. Die Familienunternehmer und Die Jungen Unternehmer engagieren sich seit vielen Jahren über die Projekte „Schüler im Chefsessel“ und „Unternehmer im Klassenzimmer“ für einen konstruktiven Austausch zwischen Schulen und Unternehmern.

## INFRASTRUKTUR UND HAFEN

Ein stringenter Ausbau der Infrastruktur ist aufgrund des Wachstums Hamburgs, das mittlerweile mehr als 1,8 Mio. Einwohner hat, unbedingt nötig, um die Attraktivität der Hansestadt als Wirtschaftsstandort zu erhalten und auszubauen. Eine bessere Umlandanbindung ist gerade aufgrund der angespannten Wohnlage in Hamburg von Aktualität.

- Der geplante Ausbau der Verkehrswege in und um Hamburg muss, mit Berücksichtigung der Lage der öffentlichen Haushalte und der angezeigten Priorisierung der Haushaltskonsolidierung, so schnell wie finanzierbar umgesetzt werden. (Elbvertiefung, A20/Nordwestumgehung, Verlängerung A21, neue Elbbrücke, Fehmarnbeltquerung, Hafenspanne, neue Köhlbrandbrücke, Ausbau der A7).
- Die Einführung einer Umweltzone, die das Befahren der Innenstadt durch bestimmte Automobile verbietet, ist abzulehnen. Die Wirkung dieser Maßnahmen ist in jenen Städten, die bereits eine solche Zone eingeführt haben, nicht nachzuweisen. Feinstaub macht nicht vor Schildern halt.
- Der geplante A7-Deckel ist eine städtebauliche Chance, um die durch die Autobahn getrennten Stadtteile wieder zusammenwachsen zu lassen. Auch aus Sicht des Wohnungsmangels ist das Projekt lohnend.
- Die Hansestadt sollte sich auf Bundesebene für die Einführung einer PKW-Maut bei gleichzeitiger Senkung der Mineralölsteuer einsetzen. So können die Nutzer an den Kosten des Autobahnausbaus beteiligt werden. Anders können wichtige Investitionen in den Autobahnausbau wie z.B. der neue Elbtunnel bei Glücksstadt, der 1,2 Mrd. € kosten soll und für Hamburg von äußerster Wichtigkeit ist, nicht finanziert werden.
- Die Hamburg Port Authority ist die zahlenmäßig größte Hafenbehörde in der Nordrange. In den letzten Jahren hat Sie Personal in den Bereichen Marketing und Vertrieb aufgebaut. Der Hafensektor ist nicht ganz klar, was die HPA in der Welt verkaufen möchte. Die Hafenbehörde fängt an, weitere Dienstleistungen,



wie die eigene Entwicklung von Flächen und Vermietung von Hallen anzubieten. Da es hierfür einen umfangreichen und funktionierenden privaten Markt gibt, werden hierdurch private Investitionen vom Staat verdrängt. Dies halten wir für falsch. Die HPA sollte sich konzentriert um die Infrastruktur des Hafens sowie um die Verpachtung der unbebauten Flächen kümmern, ohne dabei die Endkunden direkt anzusprechen.

## GEWERBESTEUER

Einer Forderung nach einer Senkung der Gewerbesteuer-Hebesätze für Hamburg schließen wir uns nicht an, da wir der Konsolidierung des Haushaltes Priorität einräumen. Als nicht hinnehmbar betrachten wir bei der Gewerbesteuer jedoch den Umstand, dass durch Hinzurechnungen von z.B. Mieten, Pachten und Leasingaufwendungen effektiv eine Substanzbesteuerung entsteht, die insbesondere bei dem in Hamburg relativ hohen Mietniveau existenzgefährdend wirkt. Wir fordern daher, im Bundesrat auf eine Abschaffung dieser Hinzurechnungsvorschriften hinzuwirken. Wir haben grundsätzlich Zweifel, ob die Gewerbesteuer in ihrer aktuellen Ausgestaltung geeignet ist, die kommunalen Finanzen zu verstetigen. Die Abhängigkeit der Einnahmen aus der Gewerbesteuer von der konjunkturellen Entwicklung stellt ein dauerhaftes Risiko für die kommunalen Haushalte dar. Ansätze zur kommunalen Beteiligung an den Einnahmen aus der Lohn- oder Umsatzsteuer könnten dieses Haushaltsrisiko auf der Einnahmenseite dauerhaft verringern.

Die Wirtschaftspolitische Kommission der Familienunternehmer und der Jungen Unternehmer des Regionalkreises Hamburg wurde im Jahr 2012 gegründet. Die Kommission trägt dem durch eine Mitgliederbefragung identifizierten Wunsch unserer Mitglieder Rechnung, stärker als bisher auch zu Themen der Hamburger Wirtschaftspolitik Stellung zu beziehen.

Der Wirtschaftspolitischen Kommission gehören folgende Mitglieder an:

Klaus von der Bey, Timm Brettschneider, Dr. Björn Castan (Vorsitz), Henning Fehrmann, Christoph Gebler, Fabian Gewalt (Stellvertretender Vorsitzender), Christian Hahn-Godeffroy, Michael Moritz, Ulf Nashan, Hinnerk Rott, Rolf Salo, Jan Schmidt, Juliane Volckerts, Christoph Wöhlke.

Ein besonderer Dank gilt Herrn Marius Strubenhoff, Herrn Alexander Bratz und Herrn Johannes Fischer für die redaktionelle Aufbereitung unserer Positionen und fundierte Hintergrundrecherchen.



## IMPRESSUM

Haben Sie Rückfragen oder Anregungen, dann nehmen Sie gern Kontakt mit uns auf:

**DIE FAMILIENUNTERNEHMER – ASU e.V.**

**DIE JUNGEN UNTERNEHMER – BJU**

Landesgeschäftsstelle Hamburg  
Geschäftsstelle Regionalkreis Metropolregion Hamburg

Telefon 040-43 09 52 59  
E-Mail [schoch@asu-hamburg.de](mailto:schoch@asu-hamburg.de)

Stand: März 2013